

**Grußwort**

**IG Metall Gewerkschaftstag 2011**

**Michael Sommer**

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Karlsruhe, Dienstag, 11. Oktober 2011

BITTE BEACHTEN SIE:

**SPERRFRIST: Dienstag, 11. Oktober 2011, Redebeginn**

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Delegierte,  
 liebe Kolleginnen und Kollegen,  
 meine Damen und Herren,

als Erstes möchte ich Euch die Grüße der deutschen Gewerkschaftsbewegung überbringen und wünsche Euch weiterhin einen erfolgreichen Gewerkschaftstag.

Es gibt gewerkschaftliche Grundweisheiten, die in den Ohren mancher unserer Kritiker altbacken, überholt, mindestens aber als angestaubt gelten.

Dazu gehören Forderungen wie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ oder Einsichten wie „Nur gemeinsam sind wir stark“.

Selbst die elementare Erkenntnis, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft sozialstaatlich gezähmt werden muss, galt lange als ewig gestrig.

**Uns - die Gewerkschaften im DGB - eint die Gewissheit, dass weder die soziale Marktwirtschaft noch das Prinzip der Lohngleichheit oder das gewerkschaftliche Prinzip der Solidarität überholt sind.**

Kolleginnen und Kollegen,

die Krise des internationalen Finanzmarkt-Kapitalismus hat es **selbst den hartgesottensten Neoliberalen bewiesen: Ungebremste und ungehemmte Spekulation produziert nicht nur Gier und ungeheuren Reichtum auf der einen Seite, sondern auch millionenfach Armut, Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten.**

Und auch dies hat sich inzwischen herumgesprochen: **Ein Markt ohne Regeln und das Primat der Wirtschaft über demokratische Politik müssen in die Krise führen. Da gerät dann auch der eigentlich schaffende Kapitalismus, nämlich die Realwirtschaft, unter die Räder.**

Wenn selbst die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ in Würdigung der modernen Hegel-Rezeption dessen Wort vom reichen Pöbel aufgreift, der die rein ökonomische Macht über die Souveränität des Staates und seiner Institutionen stellt, so sollte das allen Neoliberalen und deren politischen Apologeten zu denken geben.

Denn es ist ja das **Phänomen des „reichen Pöbels“, dass er Armut produziert und gleichzeitig unverhältnismäßige Reichtümer in wenige Hände konzentriert.** Und dass er diese Reichtümer eben nicht produktiv einsetzt, sondern rein spekulativ.

Wohin Spekulationen dieser Art führen, hat die OECD ausgerechnet: Allein in den G-20-Staaten müssten danach in den nächsten fünf Jahren 110 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, nur um das Beschäftigungsniveau vor September 2008 wieder herzustellen.

In unserem Land blicken wir ökonomisch auf drei verlorene Jahre zurück. Denn erst in diesem Quartal des Jahres 2011 haben wir wieder die Wirtschaftsleistung erreicht, die wir vor der Lehman-Krise schon einmal hatten.

Dass dies alles anders als in vielen Ländern dieser Erde **in Deutschland nicht zu massiven Beschäftigungseinbrüchen und sozialen Verwerfungen geführt hat, ist nicht zuletzt Euch und uns, den Betriebsräten und den Gewerkschaften, zu verdanken.**

Sicher, wir konnten in dieser Zeit auch mit vielen vernünftig agierenden Unternehmern und Politikern zusammen arbeiten.

Aber es war doch die IG Metall, die die Parole „Keine Entlassungen in der Krise“ ausgab und sie weitgehend in den Betrieben und Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie wirkungsvoll durchgesetzt hat.

Es waren die deutschen Gewerkschaften, die allen ideologischen Hemmnissen der herrschenden Ökonomie zum Trotz eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie Konjunktur stützende Maßnahmen durchgesetzt haben, von der Kurzarbeit über die Abwrackprämie bis zum Konjunkturprogramm II.

Ja, in den vergangenen Jahren hat sich die Sozialpartnerschaft in Deutschland bewährt. Denn in der Krise hatten Gewerkschaften und Arbeitgeber einige gemeinsame Interessen.

Es hat sich aber auch bewährt, dass wir zum Beispiel nicht den Weg Großbritanniens gegangen sind. Unsere Industrie wurde nicht geschliffen, Deutschland hat eben nicht einseitig auf die Finanzwirtschaft gesetzt.

Ich sage allerdings auch: **Es gab manchen in Deutschland, der heute so gerne eine moderne Industriepolitik hoch hält, aber in seiner praktischen Politik nichts unterlassen hat, den Finanzkapitalismus zu stärken, von der Zulassung von Hedgefonds bis zur Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte.**

Und selbstkritisch füge ich hinzu, wir haben bis heute bei Weitem nicht alle Ziele unserer Anti-Krisen-Politik erreicht.

**So gibt es noch immer keine angemessene Beteiligung der Krisenverursacher an der Finanzierung der Krisenfolgen und Krisen bekämpfenden Maßnahmen.**

Es ist mehr als ein Menetekel, dass die Finanz-Transaktionssteuer bis heute nicht eingeführt wurde - weder in Deutschland noch in der Euro-Zone oder im OECD-Maßstab.

Und genauso wenig gibt es eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte. Sicher, es gibt in Deutschland ein Teilverbot von Leerverkäufen und höhere Eigenkapitalregelungen für Finanzinstitute. Aber das war es dann auch schon.

Weder wurden den Prime-Brokern, also den **Investmentbanken Fesseln angelegt, noch werden die Rating-Agenturen in ihre Schranken verwiesen. Und Derivate gibt es auch noch.**

Wen wundert es da, dass die Spekulation blüht und sich nun gegen die Staaten richtet, die mit Steuergeldern und Neuverschuldung das System überhaupt erst wieder stabilisiert haben!

**Vielleicht erkennt heute die eine Politikerin oder der andere Politiker, dass Dank und Einsicht bei Spekulanten nicht vorkommen.**

Und vielleicht merkt manche oder mancher auch, dass sich das dumme Geschwätz vom Kapital, das scheu ist wie ein Reh, oder von Märkten, die man nicht erschrecken darf, praktisch gegen jede Form von sozialer Politik richtet.

Und denjenigen, die so gerne von der **Sensibilität der Märkte schwafeln, sage ich: Haben Sie eigentlich eine Ahnung, wie sensibel Menschen sind, die Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes haben?**

**Wie verloren sich junge Menschen fühlen, die keine Lebensperspektive haben, weil sie keine Ausbildung und Arbeit bekommen? Und wie betrogen sich Ältere fühlen müssen, die Angst um ihre Altersversorgung, um ihre paar Spargroschen haben?**

**Haben die politisch Verantwortlichen eigentlich ein Gespür dafür**, dass man die Menschen und deren Anspruch auf ein besseres Leben in den Mittelpunkt stellen muss und nicht die Interessen anonymer Finanzmärkte?

**Haben Sie eigentlich eine Vorstellung davon**, wohin Markthörigkeit und soziale Ungerechtigkeit führen können?

**Haben Sie eigentlich keine Sorge**, dass Politikverdrossenheit ganz schnell in die Ablehnung von Demokratie umschlagen kann?

Kolleginnen und Kollegen,

wer das alles nicht will, der **muss das Primat der Politik über die Wirtschaft wieder durchsetzen**; der muss die Interessen der Menschen zum Dreh- und Angelpunkt aller Politik machen.

Es gibt **nur einen Weg. Man muss der Spekulation das Handwerk legen und mit einer innovativen Industriepolitik und aktiven Beschäftigungspolitik unseren Gesellschaften Hoffnung und Perspektive geben.**

Das gilt für Griechenland genauso wie für Spanien. Und das gilt letztendlich auch für Deutschland.

Ich füge hinzu: Die deutschen Gewerkschaften handeln immer verantwortungsbewusst. Genau deshalb treten wir jetzt gemeinsam für eine Stabilisierung des Euros ein und auch für eine Fortführung des europäischen Projektes.

**Allerdings wollen wir ein Europa, das sozialstaatlich handelt und demokratisch verfasst ist.**

Wenn ich eben konstatiert habe, dass es wirtschaftlich in den vergangenen Jahrzehnten keine gute Ordnung gab, so gilt dies auch für die Arbeit.

Ich erinnere beispielhaft an die **massive Ausweitung des Niedriglohn-Sektors oder die Zunahme von prekärer, also schlechter Arbeit.**

Insgesamt sehen wir den **massiven Versuch von Arbeitgebern, flankiert von politischen und gesetzlichen Maßnahmen, die Lohnkosten zu drücken. Ich denke nicht nur an die Senkung der so genannten Lohnnebenkosten oder an den Missbrauch von Hartz IV zur Subventionierung von Hungerlöhnen.**

Nein, ich denke auch an den **massiven Versuch, durch den Missbrauch der Leiharbeit Lohndrückerei zu betreiben und Tarifnormen ad absurdum zu führen.**

Ich bin froh, dass wir uns gemeinsam gegen diese Politik wehren. Ich bin froh, dass es gelungen ist, eine gemeinsame Front der Gewerkschaften zur Regulierung der Leiharbeit zu bilden.

Dass Ihr dabei an der Spitze steht, wisst Ihr selbst und ich beglückwünsche Euch zu vielen Erfolgen, die ihr durch Eure Kampagne bisher erreichen konntet.

Aber ich bleibe dabei: **Für einen wirklichen Kurswechsel brauchen wir gesetzliche Maßnahmen. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss auch gesetzlich durchgesetzt werden. Ohne eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes geht es nicht.**

Auch hier füge ich ein selbstkritisches Wort an: Ich hätte mir gewünscht, dass die gemeinsamen Aktionen der Gewerkschaften gegen den Missbrauch der Leiharbeit in allen Betrieben und Verwaltungen unseres Landes stattgefunden hätten und nicht nur schwerpunktmäßig in Eurem Organisationsbereich.

Es ist und es bleibt die **Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, gewerkschaftliche Solidarität auch in der Praxis herzustellen und die Basis für gemeinsame Aktionen zu schaffen.**

Sicher, die Verständigung zwischen den Gewerkschaften ist in den vergangenen Jahren besser geworden. Aber wir müssen auch ehrlich zugeben: Da gibt es noch Luft nach oben.

Wir alle wissen doch: Nur Gemeinsamkeit macht stark. Wir brauchen Gemeinsamkeit, inhaltlich, organisatorisch. Und wir brauchen aufeinander abgestimmte Aktivitäten und gemeinsame Aktionen.

Ich weiß nur zu gut, wie unterschiedlich die Kultur der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund ist. Und die Probleme sind in schwer organisierbaren Dienstleistungssektoren wahrlich andere als in den Industriebereichen, in denen wir tarifmächtig sind.

Aber bei allen Unterschieden gibt es doch vieles, wozu es aus meiner Sicht keine vernünftige gemeinsame Alternative gibt.

Dazu gehört eine eindeutige **Mitgliederorientierung in der Betriebs- und Tarifpolitik, dazu gehört die Erkenntnis, dass die eigentliche Stärke der Gewerkschaften im Betrieb liegt und dass politische Stärke ohne Durchsetzungskraft in den Betrieben und Verwaltungen, ohne eine starke Mitgliederbasis und ohne selbstbewusste ehren- und hauptamtliche Funktionäre nicht zu haben ist.**

Übrigens gehört dazu auch die Erkenntnis, dass natürlich jede Gewerkschaft nicht nur betrieblich arbeitet, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Raum.

Wenn die Gewerkschaften sich trotzdem mit dem Dachverband einen politischen Arm geschaffen haben, dann deshalb, **weil auch für die politische Arbeit und unsere gesellschaftspolitische Durchsetzungskraft der Grundsatz gilt: Getrennt sind wir zu schlagen, gemeinsam können wir siegen.**

Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben einen Erneuerungsprozess des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeleitet. Wir haben auf dem DGB-Kongress im Jahr 2010 eine neue Satzung beschlossen, die deutlich macht, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund die gemeinsame politische Einrichtung seiner acht Mitgliedsgewerkschaften ist. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wir arbeiten momentan hart daran, diese Satzungsvorgaben innerhalb der DGB-Organisation praktisch umzusetzen und ich bin mir sehr sicher, dass dieser Prozess bis zum nächsten DGB-Bundeskongress erfolgreich abgeschlossen wird.

Dabei ist der **DGB zum einen der politische Arm der Gewerkschaften.**

**Es gehört zu seinen Hauptaufgaben, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Dachverband der Einheitsgewerkschaften bei Regierungen und Parlamenten und in der gesamten Gesellschaft zu vertreten.**

Es ist aber auch **seine Aufgabe, die Gemeinsamkeiten in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu fördern und Konflikte einzudämmen und nach Kompromissen zu suchen, inhaltlich und organisationspolitisch.**

Und da gibt es noch viel zu tun. Gerade auf dem Feld der Organisationsstreitigkeiten. Letztendlich wissen wir alle, dass solche Streitigkeiten niemandem nutzen, sondern viel Kraft rauben. Und uns unattraktiv machen für viele Menschen, um die wir werben.

Ich würde mich sehr freuen, wenn es uns gemeinsam gelänge, bis zum DGB-Kongress 2014 auf diesem Feld Fortschritte zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt viele Bereiche, wo wir einen Kurswechsel einleiten müssen. Dabei wissen wir, kein **Kurswechsel ist Selbstzweck. Er hat zum Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und die gewerkschaftliche Gestaltungskraft zu stärken.**

In diesem Sinne wünsche ich Euch weiterhin erfolgreiche Beratungen.